


www.laender-analysen.de/ukraine

CORONAVIRUS REGIERUNGSWECHSEL

■ ANALYSE		
Der Kampf gegen das Coronavirus in der Ukraine: Langsamer Start, dann Aufholjagd		2
Von Pavlo Illiashenko und Olena Levenets (Tallinn University of Technology)		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine		7
■ CHRONIK		
Covid-19-Chronik, 3. Februar – 23. März 2020		11
■ KOMMENTAR		
Wie sich das Reformfenster in der Ukraine langsam schließt		15
Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)		
Die Rolle der Oligarchen bleibt unverändert		16
Von Michajlo Minakow (Kennan Institute, Kiew / Mailand)		
Wilde Zeiten		17
Von Sarah Whitmore (Oxford Brookes University, Oxford)		
■ DOKUMENTATION		
Das Ministerkabinett von Denys Schmyhal		18
■ DOKUMENTATION		
Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCR) zu willkürlichen Verhaftungen, Folter und Misshandlungen von Gefangenen in den selbsternannten »Volksrepubliken« im Donbas (in Ausschnitten)		21
■ CHRONIK		
1. – 20. März 2020		22

Der Kampf gegen das Coronavirus in der Ukraine: Langsamer Start, dann Aufholjagd

Von Pavlo Illiashenko und Olena Levenets (Tallinn University of Technology)

»Was nicht erkannt wurde, existiert nicht«
Ukrainischer Arzt

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag analysiert die Reaktion der Ukraine auf den Ausbruch von Covid-19 mit Stand vom 18. März. Obwohl aufgrund des Mangels an verlässlichen Daten und der dynamischen Situation nicht die Effizienz der Maßnahmen bewertet werden kann, weisen der Zeitrahmen der erfolgten Maßnahmen sowie ein Vergleich mit den Nachbarländern der Ukraine auf unterschiedliche Reaktionsstrategien vor und nach dem 11. März hin. Unsere Schätzungen legen nahe, dass die Ukraine bei den Coronavirus-Tests hinterherhinkt. Dies lässt sich durch einen passiven Ansatz vor dem 11. März erklären, der in großem Kontrast zu den danach eingeführten aktiven Maßnahmen steht. Wir gehen davon aus, dass sich diese Veränderung vor allem durch politische Gründe erklären lässt.

Aktuelle epidemiologische Situation

Bis zum 18. März wurde das Coronavirus in der Ukraine offiziell bei 16 Personen diagnostiziert, darunter drei Kinder. Zwei Personen sind durch das Virus gestorben. Vier von 25 Regionen sind bisher betroffen: Es gab zehn Fälle in der Region Czernowitz, zwei in der Region Kiew, zwei in der Stadt Kiew, einen Fall in der Region Schytomyr und einen in der Region Donezk. Der erste Fall wurde am 3. März entdeckt und der erste offizielle Todesfall durch das Coronavirus am 13. März gemeldet [für aktuellere Zahlen siehe Grafik 1 auf S. 7 und Grafik 2 auf S. 8, Anm. d Red.].

Die Reaktion der Regierung in der Zeit vor der Pandemie

Die erste Maßnahme der ukrainischen Regierung als Reaktion auf die Covid-19-Bedrohung erfolgte am 23. Januar 2020, als die Zahl der bestätigten Fälle in China noch unter 1.000 lag. An diesem Tag hielt das Gesundheitsministerium eine erste Pressekonferenz zum Thema ab und die Regierung richtete ein Koordinationszentrum beim Ministerkabinett der Ukraine ein.

In den folgenden drei Wochen lag der Schwerpunkt der staatlichen Maßnahmen und der Kommunikation vor allem auf der Prävention gegen die Verbreitung des Coronavirus – zunächst aus China und dann aus Italien – sowie auf der Mobilisierung des Gesundheitssystems, einschließlich Schulungen des medizinischen Personals, um die Aufnahmekapazität zu erhöhen.

Zwischen dem 27. Januar und dem 10. Februar, als die Zahl der bestätigten Fälle in China um das Zehnfache stieg – von etwa 4.000 auf 40.000 – wurde das Ministerium aktiver und gab praktisch täglich neue Briefings. Über die täglichen Pressebriefings hinaus ver-

öffentlichte das Gesundheitsministerium am 27. Januar erstmals Empfehlungen an die Bürger. Am 3. Februar gab das Ministerkabinett der Ukraine eine Empfehlung heraus, Geschäfts- und Urlaubsreisen nach China zu vermeiden. Und am 5. Februar erhielt die Ukraine von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein erstes Testset, um bis zu 30 Personen auf Covid-19 zu testen [jedes Testset ermöglicht es, bis zu 30 Personen zu testen, Anm. d Red.].

Eine weitere Verstärkung der Maßnahmen und der Kommunikation folgte Ende Februar, als die Epidemie sich in Italien rapide ausbreitete und dort die Zahl der bestätigten Fälle innerhalb von acht Tagen von etwa 10 auf 1.000 stieg. Der Schwerpunkt der Regierungsmaßnahmen lag auch diesmal auf Präventionsmaßnahmen gegen die Verbreitung des Coronavirus, diesmal von Italien aus. Das war der Eskalation der Epidemie in Italien geschuldet, sowie der Tatsache, dass eine große Zahl von Ukrainern in Italien arbeitet und häufig zwischen den beiden Ländern hin und her reist. Am 24. Februar sprach die Regierung eine Reisewarnung für Norditalien aus. Beschlossen wurden zudem Präventivmaßnahmen wie die Messung der Körpertemperatur aller aus Italien zurückkehrender Personen. Personen mit Krankheitssymptomen sollten isoliert und in Krankenhäuser verlegt werden.

Nachdem das Gesundheitsministerium am 25. Februar von der WHO 30 zusätzliche Test-Sets erhalten hatte, erhöhte sich die Testkapazität auf bis zu 900 Personen.

Ein weiteres Vorgehen wurde durch den vom Präsidenten eingeleiteten Rücktritt der Regierung am 4. März gebremst. Die Regierungsumbildung erfolgte jedoch aus rein politischen Gründen und hatte mit der

Bedrohung durch das Coronavirus nichts zu tun. Der politische Hintergrund wird an späterer Stelle noch einmal ausführlicher diskutiert. Es ist jedoch erwähnenswert, dass die erste Sitzung des neuen Ministerkabinetts am 5. März stattfand. Am nächsten Tag richtete das Gesundheitsministerium für die Kommunikation mit der Bevölkerung einen offiziellen Telegram-Channel zum Thema Coronavirus ein. Die täglichen Pressebriefings des Ministeriums wurden erst wieder ab dem 10. März abgehalten, einen Tag bevor die WHO Covid-19 zu einem globalen Pandemiefall erklärte.

Maßnahmen der Regierung nach dem 11. März

Die systematische Reaktion der Regierung auf die Covid-19-Bedrohung begann am 11. März, nur wenige Stunden, bevor die WHO die Pandemie ausrief. Zunächst erklärte die Stadt Kiew und später die nationale Regierung, dass alle Bildungseinrichtungen (Kindergärten, Schulen, Universitäten) ab dem 12. März vorübergehend geschlossen werden. Außerdem verbot die Regierung öffentliche Versammlungen von mehr als 200 Personen.

Während die Ukraine bis zum 11. März nur einen Covid-19-Fall meldete, war die Zahl der Fälle in den Nachbarländern wesentlich höher: Rumänien – 25; Polen – 22; Ungarn – 13; Weißrussland – 9; Russland – 7; Slowakei – 7; Moldawien – 3. Die Nachbarländer der Ukraine meldeten bis zum 11. März insgesamt 86 Fälle, was einem Anstieg um das Dreizehnfache seit dem 1. März entspricht.

Und obwohl das Ministerkabinett bereits am 31. Januar erste Präventionsmaßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus angekündigt hatte, die unter anderem Gesundheitskontrollen auf den großen Flughäfen vorsahen, bestätigte das Ministerkabinett erst am 11. März, dass der Kiewer Flughafen Boryspil [der mit Abstand größte Flughafen des Landes, der zugleich ein internationales Drehkreuz ist, Anm. d. Red.] Infrarot-Thermometer zur Gesundheitskontrolle der Passagiere anschaffen werde.

Es ist erwähnenswert, dass das Gesundheitsministerium trotz größerer Kapazitäten bis zum 11. März nur 43 Covid-19-Tests durchgeführt hatte. In den Nachbarländern waren es wesentlich mehr: Russland – 66.282 (10. März); Belarus – 10.500 (12. März); Polen – 2.023; Slowakei – 853 (12. März); Ungarn – 609.

Anekdotische Evidenz deutet darauf hin, dass die unterdurchschnittliche Performance der Ukraine bei den Tests auf logistische Probleme zurückzuführen ist, zum Beispiel auf die große zeitliche Verzögerung zwischen einem Verdacht und dem tatsächlichen Test. Das allgemeine Misstrauen in das Gesundheitssystem und Zweifel daran, dass genügend Tests verfügbar sind, sind weitere Gründe. Die geringe Zahl an durchgeführten

Tests ist besonders bemerkenswert, weil die offiziellen Richtlinien eigentlich relativ klar sind: Bemerkt eine Person, die ins Ausland gereist ist (oder mit einer Person, die im Ausland war, in engem Kontakt stand), Symptome, die auf Covid-19 hinweisen, soll sie sich an die Notfalldienste wenden und deren Anweisungen bezüglich einer Behandlung und Tests befolgen.

Am 12. März gab das Gesundheitsministerium bekannt, dass das ukrainische Gesundheitssystem gut vorbereitet und für die Coronavirus-Pandemie gerüstet sei. Laut einer Pressemitteilung gebe es landesweit 12.000 Betten für Infektionskrankheiten, 2.500 Isolationsräume und 605 Beatmungsgeräte. Im Bedarfsfall könne die Kapazität durch das Anfordern von Beatmungsgeräten aus anderen Krankenhäusern auf etwa 3.000 erhöht werden. Was das Personal anbelangt, so stünden bis zu 2.000 Infektionsärzte und insgesamt 5.000 medizinische Fachkräfte bereit, Covid-19-Patienten zu betreuen.

Zuvor berichtete ein Vertreter des dem Gesundheitsministerium angegliederten Public Health Centers, dass 750 Intensivstationen mit 5.581 Betten für die Aufnahme von Patienten mit Covid-19 bereitstünden. Außerdem gebe es 14 extrakorporale Membranoxygenierungsgeräte (ECMO), die in extremen Fällen eingesetzt werden könnten, um die Überlebenschancen zu erhöhen.

Trotz offizieller Verlautbarungen ist es ziemlich schwierig, die tatsächlichen Krankenhauskapazitäten, die für die Behandlung von Covid-19 zur Verfügung stehen, einzuschätzen. Das liegt daran, dass die offiziellen Daten zur Anzahl der Betten oder zu anderen wichtigen Indikatoren für die Kapazität des Gesundheitssystems von 2017 sind, als ein erheblicher Teil der Kapazitäten im Rahmen einer Reform des Gesundheitssystems abgebaut werden sollte. Historisch gesehen zählte die Ukraine 2017, gemessen an der Zahl der Krankenhausbetten pro 1.000 Personen, mit etwa 7,1 zur Weltspitze – die USA kommen auf 2,8 Krankenhausbetten pro 1.000 Einwohner, Italien auf 3,2 und China auf 4,3. Höher ist der Wert z. B. in Südkorea mit 12,3. Die Qualität und die Verteilung der Krankenhausbetten in der Ukraine lassen jedoch vermuten, dass tatsächlich eine wesentlich geringere Anzahl von Betten zur Verfügung steht.

Geht man von der verbreiteten Annahme aus, dass fünf Prozent der Patienten mit Covid-19 intensivmedizinisch versorgt werden müssen (entspricht dem Anteil der schweren/kritischen Fälle an der Gesamtzahl der Fälle), dann können mit der Kapazität von 605 Lungenbeatmungsgeräten eine Gesamtzahl von bis zu 12.000 Fällen versorgt werden (was 0,03 Prozent der Gesamtbevölkerung der Ukraine entspricht). Wenn zusätzlich noch die Hälfte der 3.000 weiteren Beatmungsgeräte verwen-

det werden kann, erhöht sich die maximale Kapazität auf 42.000 Patienten (0,11 Prozent der Bevölkerung). Dies sind grobe Schätzungen, da der Patientenstrom über die Zeit etwas verteilt sein dürfte. Zum Vergleich: Am 18. März wurden in Italien 35.713 Covid-19-Fälle (0,06 Prozent der Bevölkerung) gemeldet. Geht man von diesen 0,06 Prozent als Worst-Case-Szenario für die Ukraine aus, so ist mit insgesamt 22.017 Coronavirus-Fällen zu rechnen, was im Bereich der erklärten Kapazität des ukrainischen Gesundheitssystems läge.

Da die Zahl der Coronavirus-Fälle weltweit, auch in den Nachbarländern der Ukraine, stark zugenommen hat (die Gesamtzahl der Fälle in den Nachbarländern stieg zwischen dem 11. und dem 16. März von 86 auf 530), verstärkte die ukrainische Regierung nach und nach ihre Maßnahmen. Am 16. März bestätigte die ukrainische Regierung drei Fälle von Covid-19, am 18. März waren es bereits 14.

Ausweitung der Maßnahmen am 16. und 17. März

Am 16. März wurden die Präventionsmaßnahmen noch einmal ausgeweitet:

- Für Ausländer wurden die Grenzen ab sofort für zwei Wochen geschlossen;
- Sich im Ausland befindende Ukrainer sollen innerhalb von drei Tagen in die Ukraine zurückkehren, bevor der reguläre Grenzverkehr (Flüge, Züge, Busse) am 17. März eingestellt wird;
- Aus dem Ausland zurückkehrende Ukrainer müssen sich einer Selbstüberwachung unterziehen, wenn sie Krankheitssymptome zeigen; eine staatliche Kontrolle wurde nicht eingeführt;
- Alle Krankenhäuser sind dazu aufgefordert, geplante Operationen zu verschieben und sich auf die Behandlung von Infektionskrankheiten vorzubereiten;
- Die Kommunen sollen mit der selektiven Desinfektion öffentlicher Räume beginnen, einschließlich Lebensmittelmärkte und öffentlicher Verkehrsmittel;
- Nachdem der zweite Covid-19-Fall in der Region Tscherniwzi bestätigt wurde, rief die lokale Regierung den Ausnahmezustand aus. Diese zügige Reaktion lässt sich darauf zurückführen, dass die Region Tscherniwzi an Rumänien und die Republik Moldau grenzt und ein wichtiger Verkehrsknoten für Reisende aus Europa ist. Während des Ausnahmezustands werden alle Geschäfte (ausgenommen Lebensmittelgeschäfte), Einkaufs- und Unterhaltungszentren geschlossen.

Die Ankündigung von drastischen Reisebeschränkungen ab dem 17. März führte zu einer massiven Rückkehr von Ukrainern aus allen europäischen Ländern. Dieser Zustrom und die Staus an den Grenzen wurden dadurch verstärkt, dass viele andere Länder in Europa

etwa zur gleichen Zeit begannen, ihre Grenzen zu schließen. Dadurch wurden zum Beispiel etwa einhundert Ukrainer, die von Italien über Slowenien zurück in die Ukraine reisen wollten, aufgrund der Schließung der slowenischen Grenze in Italien eingeschlossen. Sie konnten am 15. März aus Italien ausgeflogen werden. Ebenso beantragten etwa 3.000 Ukrainer die Evakuierung aus Tschechien. Insgesamt wurden in den letzten Tagen etwa 23.000 Menschen in die Ukraine zurückgebracht. Obwohl alle Personen, die aus dem Ausland zurückkehren, für zwei Wochen zur Selbstquarantäne verpflichtet sind, könnte die Schwierigkeit, den Gesundheitszustand der Menschen an der Grenze zu überwachen, in den kommenden Wochen zu einer Verschlechterung der epidemiologischen Situation führen.

Am 17. März beschlossen Parlament und Regierung weitere zusätzliche Maßnahmen:

- Die Werchowna Rada verabschiedete administrative und strafrechtliche Sanktionen sowie vorübergehende Geldstrafen (für die nächsten drei Monate) zwischen 17.000 UAH (ca. 570 EUR) und 54.000 UAH (ca. 1.800 EUR) für die Verletzung der Quarantänebestimmungen sowie eine Reihe von wirtschaftlichen Maßnahmen;
- Die Zentralregierung verschärfte die Quarantäne, indem sie anordnete, alle Einkaufszentren, Fitnesszentren und Theater zu schließen und öffentliche Versammlungen von zehn oder mehr Personen zu verbieten;
- Die Regierung beschloss zudem, ab dem 18. März sämtlichen Verkehr zwischen den Städten zu schließen (einschließlich Zügen, Inlandsflügen und Überlandbussen) sowie den innerstädtischen Verkehr einzuschränken (z. B. Schließung der U-Bahnen in den größten Städten)
- Angesichts des ersten Todesfalls durch Covid-19 und fünf weiterer Verdachtsfälle (die später jedoch nicht bestätigt wurden) rief die Lokalregierung der Region Schytomyr den Ausnahmezustand aus.

Trotz wiederholten Versicherungen der Regierung, dass das ukrainische Gesundheitssystem auf den Ausbruch der Pandemie vorbereitet sei, deuten Hinweise aus Kommunen und Medienberichten auf einen Mangel an grundlegender sanitärer Ausstattung, Schutzausrüstungen und Beatmungsgeräten (von denen einige 30–40 Jahre alt sind) hin. So berichtete beispielsweise die Gesundheitsbehörde der Region Iwano-Frankiwsk in einer Antwort auf eine öffentliche Anfrage der Abgeordneten Inna Sowsun, dass sie über keinerlei Covid-19-Tests-Sets verfüge. Als Reaktion auf die zunehmende Belastung des Gesundheitssystems starteten eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen Spendenkampagnen zur Beschaffung von Schutzausrüstung und Beatmungsgeräten. Regierungsbeamte und der Prä-

sident betonten weiterhin, dass sowohl die Testkapazitäten als auch die Versorgung mit medizinischer Ausrüstung verbessert würden. Insgesamt ist die Tatsache, dass das ukrainische Gesundheitssystem durch das sich ausbreitende Coronavirus unter Stress steht, nicht überraschend. Der *Global Health Security Index* sieht die Ukraine als anfällig für eine ausbrechende Pandemie; das Land belegt unter 195 Ländern weltweit Platz 94.

Ist die Ukraine bei der Erfassung von Covid-19 im Rückstand?

Angesichts der Geschwindigkeit der Verbreitung von Covid-19 in Ländern, die eine gemeinsame Grenze mit der Ukraine haben, dürfte die erwartete Zahl der Fälle in der Ukraine mit Stand vom 17. März laut unseren Berechnungen eher 111 betragen, wenn wir uns an den Zahlen in anderen Ländern orientieren und diese an die ukrainische Bevölkerungsgröße anpassen.

Dasselbe gilt für die Anzahl der Covid-19-Tests. Während die Ukraine bis zum 17. März nur 500 Tests durchführte, wurde in den Nachbarländern deutlich mehr getestet: Russland – 116.000; Belarus – 16.000; Polen – 7.899; Rumänien – 3.708; Slowakei – 1.595; Ungarn – 1.587. Dieser Unterschied wird gravierender, wenn wir die unterschiedliche Bevölkerungsgröße berücksichtigen, aber etwas besser, wenn wir das Datum des ersten Falls sowie die Anzahl der erkannten Fälle berücksichtigen.

Die politische Reaktion auf das Virus

Angesichts der sich äußerst dynamisch entwickelnden Situation und des Fehlens von Daten zur öffentlichen Meinung bezüglich der Reaktion der Regierung auf die Krise erscheinen Schlussfolgerungen über das Handeln der Regierung verfrüht. Zumindest zwei Beobachtungen halten wir allerdings für aufschlussreich.

Erstens ist es schwierig zu übersehen, dass die Regierung zumindest in der Anfangsphase der Krise unvorbereitet war. Das zeigt sich anhand der anekdotischen Evidenz (die hauptsächlich vom medizinischen Personal vor Ort stammt), der niedrigen Anzahl an durchgeführten Covid-19-Tests und an den Versäumnissen bei den Gesundheitskontrollen an den Grenzen (fehlende Gesundheitstests und die sehr verspätete Entscheidung, die erforderliche Ausrüstung für den Flughafen Kiew-Boryspil zu bestellen).

Wir gehen davon aus, dass die Anfang März erfolgte Entscheidung von Präsident Selenskyj, die Regierung aus politischen Gründen zu entlassen, die Regierungsfähigkeit des Landes in der kritischen Phase Ende Februar/Anfang März beeinträchtigt hat. Anstatt alle politischen Ressourcen zu bündeln, um die Ausbreitung des Coronavirus in der Ukraine zu stoppen, stand ein Regierungswechsel auf der Agenda. Dies

geschah zu einem Zeitpunkt, als die Zahl der Coronavirus-Fälle in den Nachbarländern der Ukraine stetig zunahm. Die Ukraine marschierte mit einem neuen und unvollständigen Ministerteam, einschließlich eines neuen Gesundheitsministers, in den Kampf gegen die Coronavirus-Krise.

Zweitens lässt sich festhalten, dass die Regierung ab dem 11. März deutlich proaktiver auf die Krise reagierte als die Regierungen der meisten anderen Länder. Rückblickend scheint dies in scharfem Kontrast zum (Nicht-)Handeln der Regierung vor dem 11. März zu stehen. Wir sehen dafür mehrere mögliche Erklärungen.

Es könnte der Fall sein, dass die neue ukrainische Regierung die Gefahr einer Pandemie früher erkannt hat als andere Regierungen. Angesichts der Tatsache, dass die meisten Regierungen, insbesondere der Nachbarländer, nur wenige Tage später ähnliche Maßnahmen einleiteten, kann diese Hypothese nicht ausgeschlossen werden. Allerdings sehen wir keine Anzeichen dafür, dass der entschlosseneren Ansatz auf das neue Ministerkabinett zurückzuführen ist. Es spricht nichts dafür, dass die neue Regierung professioneller oder sachkundiger wäre als die vorherige.

Wir nehmen jedoch an, dass der Wechsel hin zu einer entschlosseneren Bekämpfung gegen die Ausbreitung des Coronavirus aus politischen Erwägungen erfolgte. Dafür sprechen die drei folgenden Faktoren.

Erstens ist das öffentliche Vertrauen in Präsident Selenskyj in den letzten sechs Monaten deutlich gesunken, von ca. 80 auf etwa 40 Prozent. Da viele politische Beobachter den Popularitätsverlust des Präsidenten als Hauptgrund für den Regierungswechsel sehen, wäre es naheliegend zu erwarten, dass der Präsident – in der Hoffnung auf bessere Zustimmungswerte – von der neuen Regierung ein aktives Vorgehen fordert.

Zweitens hatte eine schlecht kommunizierte und koordinierte Rückholaktion aus dem Epizentrum der Coronavirus-Epidemie, dem chinesischen Wuhan, bereits am 19. Februar zu einer PR-Katastrophe für die Regierung geführt. Schon damals signalisierte die Gesellschaft eine panische Angst vor Covid-19 und mangelndes Vertrauen in die Regierung. Bewohner der etwa 300 km östlich von Kiew gelegenen Siedlung Nowi Sanschary protestierten gegen die Entscheidung, 45 Ukrainer und 27 weitere Personen aus Wuhan evakuierte Personen in das nahe gelegene Sanatorium zu verlegen. Der Protest eskalierte und es kam zu Krawallen und gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Während sich einige der Randalierer später als bezahlte Provokateure erwiesen, waren die meisten Protestierenden tatsächlich beunruhigte Bürger. Letztlich wurden die Evakuierten für 14 Tage unter Quarantäne gestellt. Um die Situation zu beruhigen, begab sich die ukrainische Gesundheitsministerin freiwillig

mit in Quarantäne. Aufgrund des Regierungswechsels blieb sie jedoch nicht für die gesamte Dauer der Quarantäne im Sanatorium, was der Glaubwürdigkeit der Regierung wiederum nicht förderlich war. Weil die angespannte Situation um die Verbreitung des Coronavirus weiter anhielt, begrüßte Präsident Selenskyj die nach 14 Tagen aus der Quarantäne entlassenen Rückkehrer sogar persönlich.

Drittens spielt die für den 1. April geplante Gesundheitsreform (Einführung eines Basisleistungspakets) eine wichtige Rolle. Obwohl die Expertengemeinschaft (einschließlich internationaler und ukrainischer Experten) die Reform voll und ganz unterstützt, ist sie ein gesellschaftliches Reizthema, über das in den Medien viel spekuliert und manipulativ berichtet wird. Folglich ist die Reform in der Bevölkerung unbeliebt. Die jüngsten Daten (Gesundheitsindex, Juni und Juli 2019) zeigen, dass nur etwa 33 Prozent der Ukrainer die aktuellen Pläne zur Gesundheitsreform unterstützen. Wichtig ist, dass sie auch zeigen, dass das Misstrauen gegenüber Ärzten einer der Hauptgründe für die Ablehnung von Gesundheitsleistungen ist. Angesichts der Kombination der genannten Faktoren dürfte die ukrainische Regierung entschieden haben, dass sie im Bereich der

Gesundheitsversorgung nicht noch mehr Glaubwürdigkeit verlieren darf. Dies wiederum könnte den proaktiven Ansatz zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie begründen.

Fazit

Eine kurze Analyse der Kapazitäten des ukrainischen Gesundheitssystems zeigt, dass dieses angesichts der Covid-19-Epidemie eigentlich nicht unter Stress geraten sollte, doch politische Erwägungen, die niedrige Coronavirus-Testrate, die schlechte Kommunikation sowie die Diskrepanz zwischen offiziellen Mitteilungen und der Realität vor Ort geben berechtigten Anlass zur Sorge. Darüber hinaus breitet sich die Epidemie vor dem Hintergrund eines Vertrauensverlusts in das Gesundheitssystem und die staatlichen Institutionen aus, was die Situation zusätzlich verkompliziert. Die Verbreitung des Coronavirus stellt für die ukrainische Regierung und für die Gesellschaft eine große Bewährungsprobe dar, die zugleich eine Möglichkeit bietet, sich gegen die Bedrohung zu vereinen – und die jüngsten Verwerfungen hinter sich zu lassen.

Übersetzung aus dem Englischen von Dr. Eduard Klein

Über die Autoren

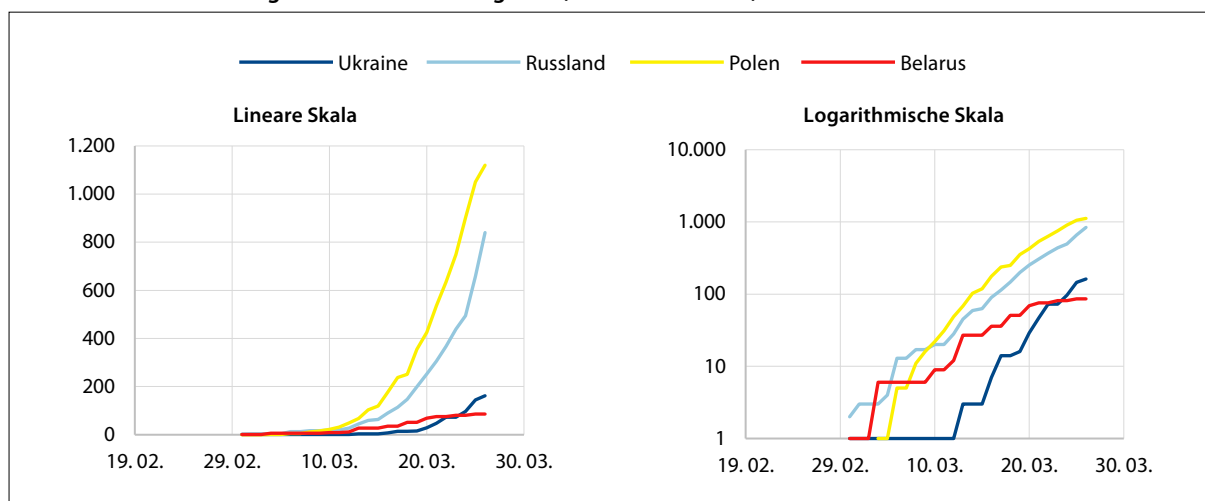
Pavlo Illiashenko ist Berater im Bereich Public Policy am Zentrum für Wirtschaftsstrategie in Kiew und Doktorand an der Technischen Universität Tallinn (TalTech). Seine Forschungsinteressen umfassen Finanzpolitik und Auswirkungen der Verhaltensökonomie auf die öffentliche Politik.

Olena Levenets ist Doktorandin an der Technischen Universität Tallinn (TalTech). Sie forscht zu sozialer Ungleichheit und informellen Praktiken im Gesundheitssystem.

Der Themenschwerpunkt zur Covid-19-Pandemie ist erstellt worden durch das Teilprojekt B06 »Externe Reformmodelle und interne Debatten bei der Neukonzipierung von Sozialpolitik in der post-sowjetischen Region« des SFB 1342 »Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik« (finanziell gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft).

Die Verbreitung von Covid-19 in der Ukraine

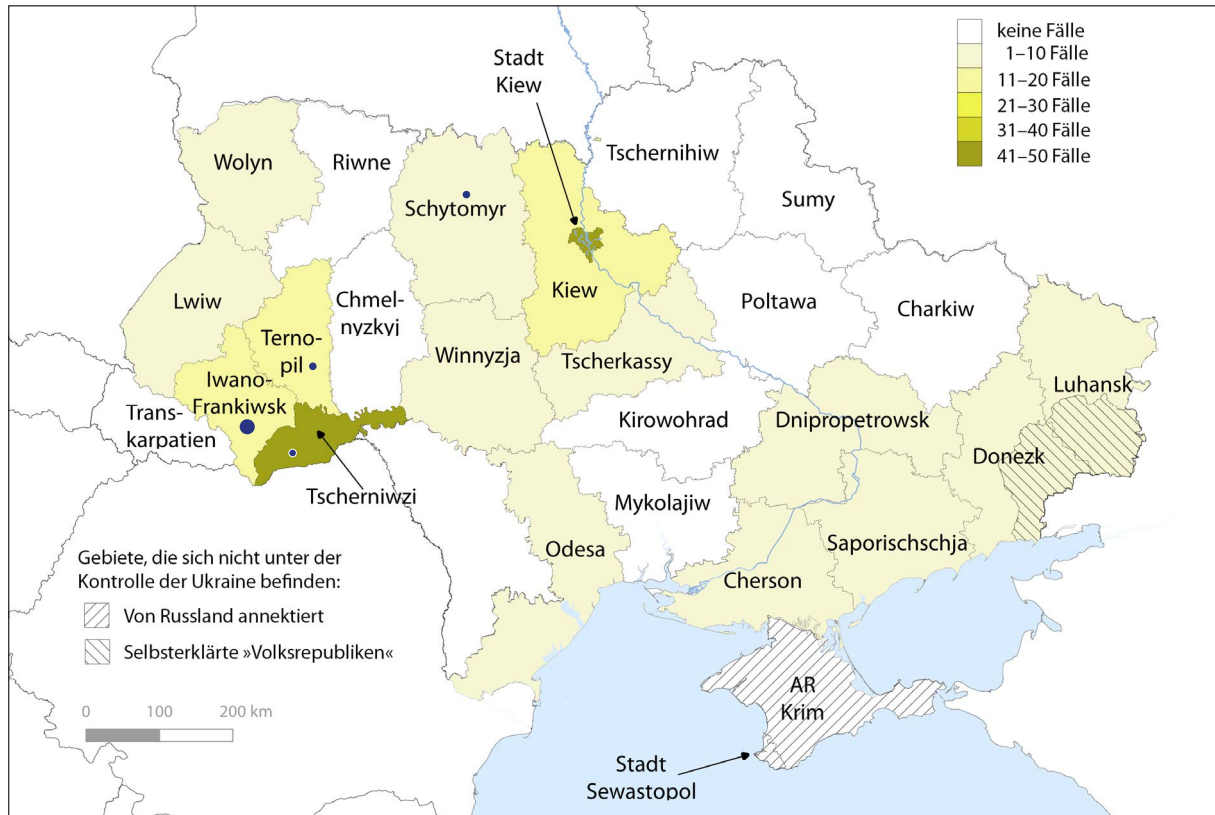
Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (1. – 26. März 2020)



Datum	Ukraine	Russland	Polen	Belarus
01. März	1	2	0	1
02. März	1	3	0	1
03. März	1	3	0	1
04. März	1	3	1	6
05. März	1	4	1	6
06. März	1	13	5	6
07. März	1	13	5	6
08. März	1	17	11	6
09. März	1	17	16	6
10. März	1	20	22	9
11. März	1	20	31	9
12. März	1	28	49	12
13. März	3	45	68	27
14. März	3	59	103	27
15. März	3	63	119	27
16. März	7	90	177	36
17. März	14	114	238	36
18. März	14	147	251	51
19. März	16	199	355	51
20. März	29	253	425	69
21. März	47	306	536	76
22. März	73	367	634	76
23. März	73	438	749	81
24. März	97	495	901	81
25. März	145	658	1.051	86
26. März	162	840	1.120	86

Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 26.03.2020, 17:17 Uhr <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen



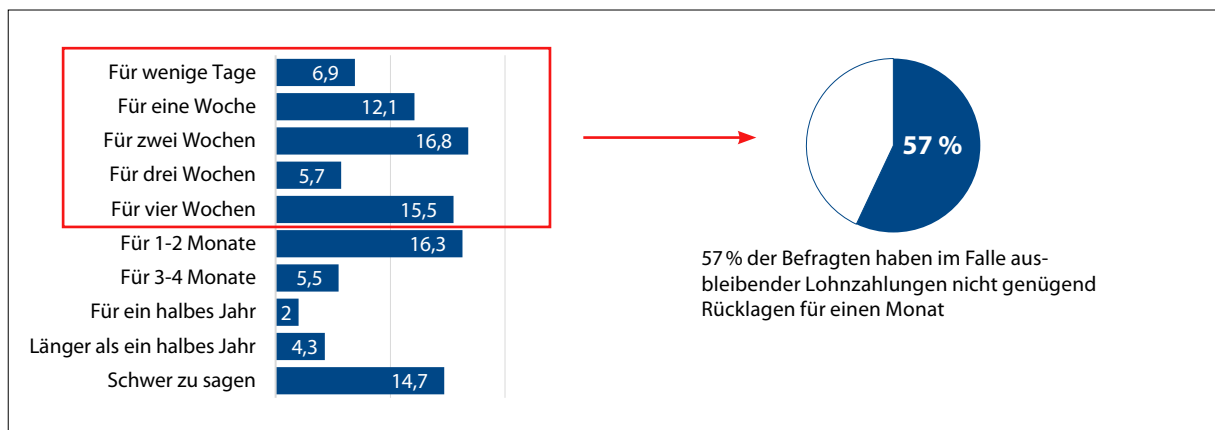
Region	Fälle	•Todesfälle
Cherson	1	0
Dnipropetrowsk	2	0
Donezk	1	0
Iwano-Frankiwsk	16	2
Kiew	24	0
Stadt Kiew	47	0
Luhansk	1	0
Lwiw	2	0

Region	Fälle	•Todesfälle
Odesa	4	0
Saporischschja	7	0
Schytomyr	2	1
Ternopil	15	1
Tscherkassy	2	0
Tscherniwzi	42	1
Winnyzja	1	0
Wolyn	2	0

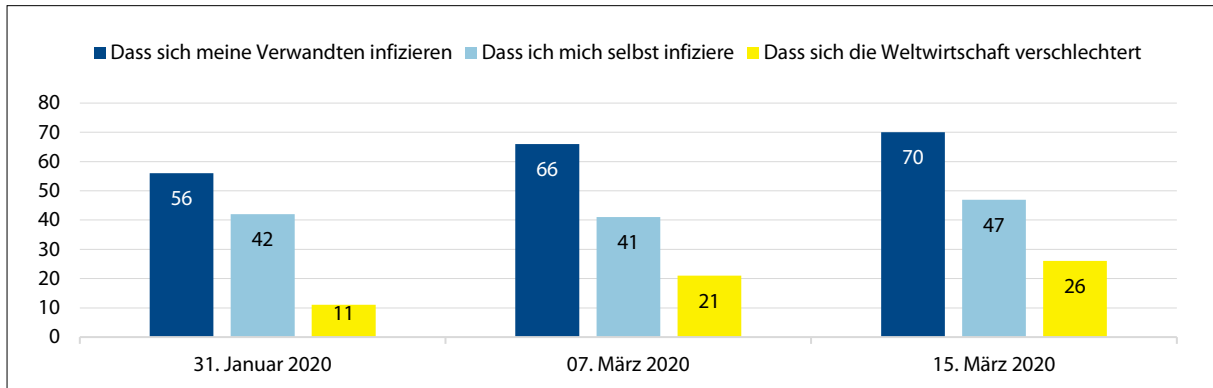
Die übrigen Regionen hatten keine Covid-19-Infektionen gemeldet. Für die AR Krim und die Stadt Sewastopol gab es keine Daten.

Quelle: Gesundheitsministerium der Ukraine, Stand: 26.03.2020 12:37 Uhr.

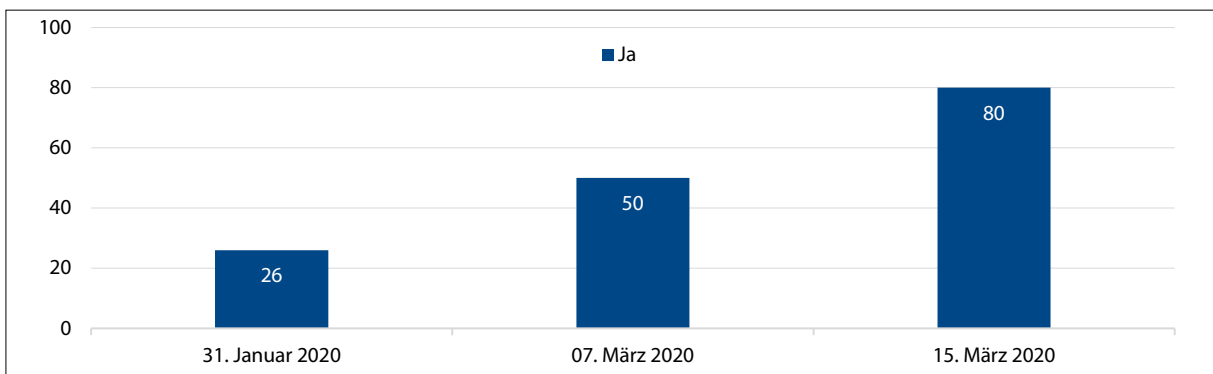
Grafik 3: Wie lange reichen Ihre finanziellen Rücklagen im Falle einer verschärften Quarantäne? (in %)



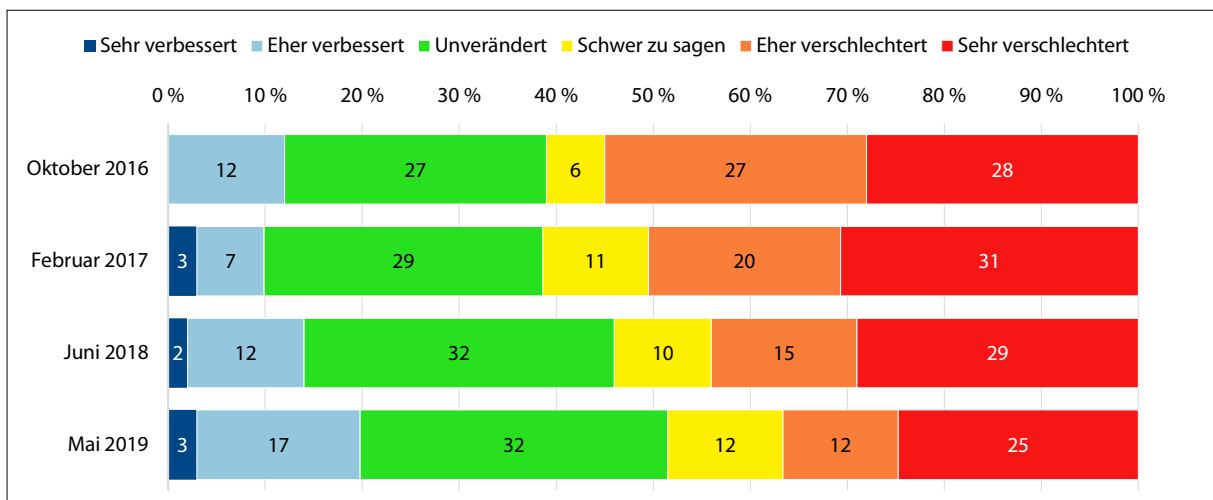
Quelle: Gradus, 25.03.2020, <https://gradus.app/en/>.

Grafik 4: Welche Ängste haben Sie im Zusammenhang mit dem Coronavirus? (in %)

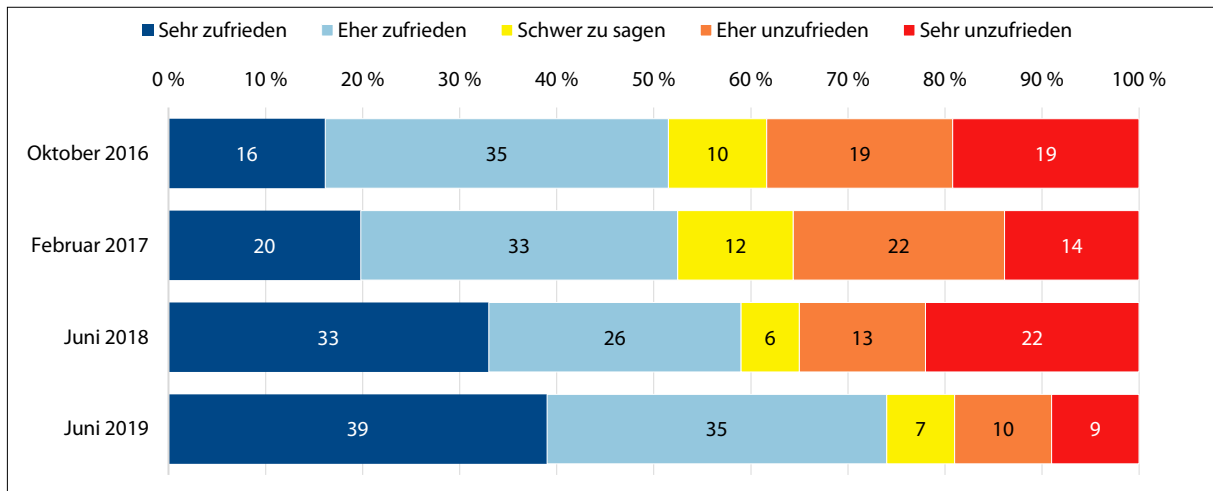
Quelle: Online-Umfrage von Gradus, Daten und Informationen zur Methodik (auf Ukrainisch) unter <https://www.liga.net/society/articles/80-gotovy-i-dalshe-hodit-na-rabotu-bolshoy-opros-cto-dumayu-ukraintsy-o-koronaviruse>.

Grafik 5: Kennen Sie die Maßnahmen, die die Regierung gegen die Ausbreitung des Coronavirus verhängt hat? (in %)

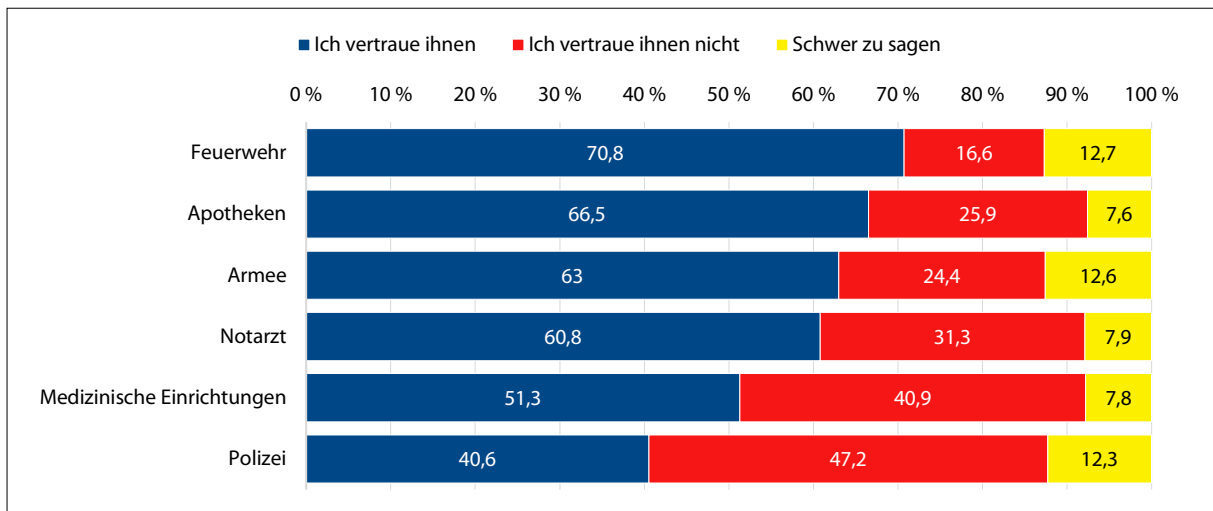
Quelle: Online-Umfrage von Gradus, Daten und Informationen zur Methodik (auf Ukrainisch) unter <https://www.liga.net/society/articles/80-gotovy-i-dalshe-hodit-na-rabotu-bolshoy-opros-cto-dumayu-ukraintsy-o-koronaviruse>.

Grafik 6: Wie hat sich die Qualität der staatlichen medizinischen Dienstleistungen in den letzten zwei Jahren verändert? (in %)

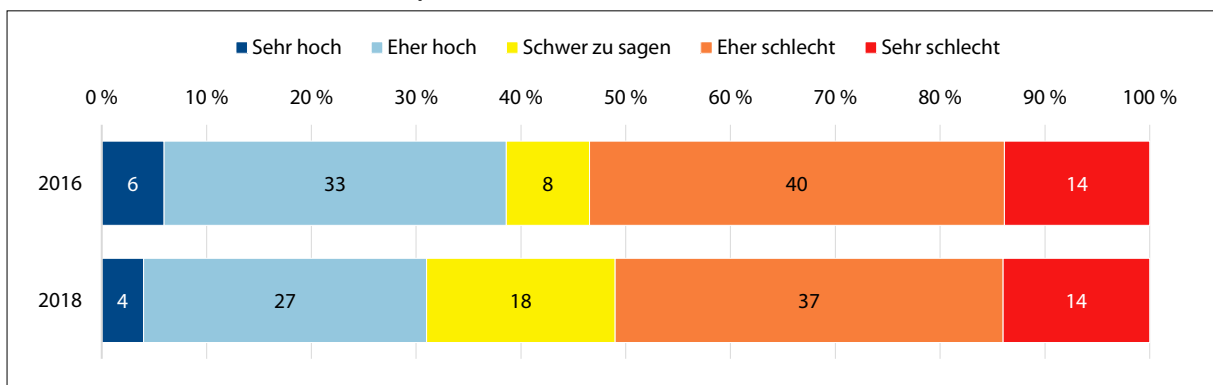
Quelle: Rating-Gruppe, 21.06.2019, http://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/ocenka_meditsinskoy_sfery_v_ukraine_21-29_maya_2019_goda.html.

Grafik 7: Wie zufrieden sind sie mit der Arbeit des Gesundheitsministeriums für Sie und Ihre Familie? (in %)

Quelle: Rating-Gruppe, 21.06.2019, http://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/ocenka_medicenskoy_sfery_v_ukraine_21-29_maya_2019_goda.html.

Grafik 8: Wie sehr vertrauen Sie in Kompetenz und Professionalität des Personals der folgenden Institutionen? (in %)

Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie, März 2019, http://kiis.com.ua/materials/pr/20182706_health/Healthcare_2019/Report_Healthcare_March2019_fin.pdf.

Grafik 9: Wie bewerten Sie die Kompetenz und Professionalität der Ärzte in der Ukraine? (in %)

Quelle: Rating-Gruppe, 22.11.2018, <http://ratinggroup.ua/ru/research/ukraine/5394a7dfc7af39fd048942c62be97a4c.html>.

Covid-19-Chronik, 3. Februar – 23. März 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle*	Ereignis
03.02.2020	0	Die größte ukrainische Fluggesellschaft, Ukrainian International Airlines, streicht ihre Flüge nach China, nachdem das Ministerkabinett eine Reisewarnung für China ausgesprochen hat..
14.02.2020	0	Gesundheitsministerin Sorjana Skalezka gibt bekannt, dass die Ukraine am 20. Februar ukrainische Mitbürger aus der chinesischen Stadt Wuhan evakuieren werde, wo besonders viele Menschen am Coronavirus erkrankt sind. Zurück in der Ukraine sollen die Evakuierten in Quarantäne gebracht werden, so Skalezka. In China sind mehr als 60.000 Menschen am Coronavirus erkrankt und 1.383 Menschen gestorben, ein Großteil in der Stadt Wuhan, wo die Epidemie ausgebrochen ist.
20.02.2020	0	Vor einer Quarantänestation der ukrainischen Nationalgarde in Nowy Sanschary (Region Poltawa) kommt es zu Protesten und gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen 200 Demonstranten und Dutzenden Sicherheitskräften, 24 Personen werden festgenommen. Die Auseinandersetzungen flammen als Reaktion auf die Unterbringung von rund 70, mehrheitlich ukrainischen Staatsbürgern auf, die aus der chinesischen Stadt Wuhan wegen des Coronavirus' evakuiert wurden. Als die Evakuierten im Bus in der Quarantänestation ankommen, wo sie für zwei Wochen untergebracht werden sollen, wird der Bus mit Steinen beworfen. Am Abend gibt Gesundheitsministerin Sorjana Skalezka bekannt, sich für zwei Wochen in die Quarantäneeinrichtung zu begeben, um zu zeigen, dass die Evakuierten nicht erkrankt seien und die lokale Bevölkerung sich keine Sorgen vor einem Ausbruch des Coronavirus' machen brauche.
24.02.2020	0	Die Regierung spricht eine Reisewarnung für Norditalien aus.
03.03.2020	1	Der Stellvertretende Gesundheitsminister Wiktor Ljaschko teilt dem Ministerkabinett mit, dass es in der Ukraine den ersten bestätigten Coronavirus-Fall gebe. Der Mann aus Czernowitz sei mit seiner Frau für eine Woche im Urlaub in Italien gewesen und am Samstagabend mit Covid-19 Symptomen ins Krankenhaus eingeliefert worden.
04.03.2020	1	In der Ukraine findet, unabhängig vom Coronavirus, eine Regierungsumbildung statt. Der Premierminister und zahlreiche weitere Minister des Kabinetts werden auf Drängen von Präsident Wolodymyr Selenskyj ausgetauscht.
04.03.2020	1	In einer Abschiedsbotschaft warnt der scheidende Wirtschaftsminister Tymofej Mylowanow, dass die Corona-Epidemie zu einer ernsthaften Krise der ukrainischen Wirtschaft führen könne.
05.03.2020	1	Wiktor Ljaschko, Chef-Sanitätsarzt der Ukraine, weist darauf hin, dass die Regierung bei Ausbruch des Coronavirus Massenveranstaltungen, Konferenzen, Sportveranstaltungen verbieten werde und Schulen vorübergehend geschlossen werden.
10.03.2020	1	In einem offenen Brief fordern mehr als 200 Experten aus Universitäten und Think Tanks die Regierung der Ukraine zum entschlossenen Handeln auf, um eine Situation wie nach der globalen Finanzkrise 2009 zu verhindern, als die ukrainische Wirtschaft um 15 Prozent und die Währung um 37 Prozent abstürzten. Gefordert werden u. a. die Fortführung der Kooperation mit dem Internationalen Währungsfonds sowie die Ausarbeitung von Stabilitätsmaßnahmen, die die Wirtschaft stützen und den Abzug von internationalem Kapital abfedern sollen.
10.03.2020	1	Angesichts der vor allem in Europa zunehmenden Fälle von Covid-19 fordert Präsident Selenskyj die Ukrainer auf, den Urlaub in diesem Jahr im eigenen Land zu verbringen. Außerdem weist er darauf hin, dass es in der Ukraine bloß einen bestätigten Covid-19-Fall gebe und das Land die Situation unter Kontrolle habe. Bisher wurden 43 Personen auf das Virus getestet.
11.03.2020	1	Die Regierung will für 100 Millionen Hrywnja (ca. 4 Mio. US-Dollar) Schutzausrüstung für Klinikpersonal und Staatsangestellte erwerben. Der Export von Schutzausrüstung wird bis zum 1. Juni 2020 verboten.
12.03.2020	1	Alle Bildungseinrichtungen, inkl. Kindergärten, Schulen und Hochschulen, werden mindestens bis zum 3. April geschlossen.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle*	Ereignis
12.03.2020	1	Alle öffentlichen Veranstaltungen mit mehr als 200 Personen werden verboten. Ausnahmen gelten für das Parlament sowie Sportveranstaltungen, die jedoch unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden müssen.
12.03.2020	1	Das Außenministerium spricht eine generelle Reisewarnung aus. Vor allem Reisen nach Westeuropa, wo viele Ukrainer arbeiten, sollen vermieden werden, ebenso in beliebte Urlaubsländer wie Ägypten oder die Türkei. Laut Premierminister Schmyhal gibt es bereits de facto keine Flugverbindungen nach Italien mehr.
12.03.2020	1	Aufgrund der zunehmenden Coronavirus-Fälle in Europa streicht Ukrainian International Airlines rund 2.000 Flüge in die Region.
12.03.2020	1	170 der 219 ukrainischen Grenzübergänge werden geschlossen, die verbliebenen 49 Übergänge sollen vor allem den freien Warentransport gewährleisten.
12.03.2020	1	Laut Kyiv Post hat die Zentralbank der Ukraine seit Monatsbeginn mehr als eine Milliarde US-Dollar aufgewendet, um die ukrainische Währung zu stützen. Im Zuge der von der Coronavirus-Epidemie ausgelösten großen globalen Kursverluste ist die ukrainische Währung, die 2019 mehr als 15 Prozent gegenüber dem US-Dollar aufgewertet hat, seit Jahresbeginn stark unter Druck geraten.
13.03.2020	3	Einer Umfrage von Deloitte unter 111 in der Ukraine tätigen Unternehmen zufolge schränken 81 Prozent der Firmen aufgrund des Coronavirus Geschäftsreisen ein und 79 Prozent ermöglichen Heimarbeit, um die Ausbreitung des Coronavirus zu stoppen.
13.03.2020	3	In Kiew berät der Nationale Sicherheitsrat Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus. Unter anderem wird ein Einreisestopp für Ausländer ab dem 16. März beschlossen. Außerdem gibt der Sekretär des Sicherheitsrats, Olexij Danylow, bekannt, dass das Coronavirus inzwischen auch die »Volksrepubliken« erreicht habe.
13.03.2020	3	Die Kleinstadt Radomyshl (Region Schytomyr) ruft den Ausnahmezustand aus; öffentliche Verkehrsmittel werden eingestellt und Märkte geschlossen. Zuvor wurde in der Stadt bei einer 71-jährigen Frau, die sich wenige Tage zuvor mutmaßlich in Polen angesteckt hat und ihre Symptome mehr als eine Woche nicht gemeldet hatte, Covid-19 nachgewiesen. Sie stirbt noch am selben Tag und ist damit das erste Covid-19-Todesopfer in der Ukraine.
13.03.2020	3	Der Zugverkehr in die Slowakei wird ausgesetzt.
14.03.2020	3	Premierminister Denys Schmyhal fordert per Videobotschaft dazu auf, auf Reisen innerhalb der Ukraine zu verzichten, um die Ausbreitung des Coronavirus zu stoppen.
15.03.2020	3	Der Zugverkehr nach Polen wird ausgesetzt.
15.03.2020	3	Gesundheitsminister Illija Jemez schlägt vor, vorbeugend alle Cafés und Restaurants im Land zu schließen.
16.03.2020	7	Ab heute dürfen Ausländer ohne gültige Aufenthaltserlaubnis nicht mehr in die Ukraine einreisen. An den Checkpoints zu den »Volksrepubliken« im Donbas werden nur noch Personen durchgelassen, die offiziell in der Ukraine gemeldet sind. Da zuvor die »Behörden« in den »Volksrepubliken« ebenfalls ihre Grenzen zur Ukraine geschlossen haben, stellt das insbesondere die Rentner in den besetzten Gebieten vor ein Problem, die auch weiterhin eine Rente von der Regierung in Kiew beziehen, da sie diese auf ukrainische Bankkonten erhalten, die in den »Volksrepubliken« nicht funktionieren. Die Regelung, alle zwei Monate in die Ukraine zu fahren, um die Rente zu erhalten, wurde hingegen zwischenzeitlich aufgehoben.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle*	Ereignis
16.03.2020	7	Nach dem Bekanntwerden der ersten beiden Coronavirus-Infektionen in Kiew schlägt Präsident Wolodymyr Selenskyj in einer Videoansprache an die Bevölkerung vor, den Bahn-, Flug- und Busverkehr, den zwischenstädtischen Autoverkehr sowie den Betrieb der U-Bahnen des Landes einzustellen. Selenskyj zufolge zeige »... die Erfahrung in anderen Ländern, das Achtlosigkeit und Liberalismus die Verbündeten des Coronavirus sind. Daher werden wir hart, entschlossen, und vielleicht sogar unpopulär handeln, da es nun um das Leben und die Gesundheit der Ukrainer« gehe. Aus China werden außerdem am Wochenende rund eine Million Covid-19-Schnelltests erwartet, so der Präsident. Selenskyj weist das Finanzministerium an, Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds und weiteren potenziellen Geldgebern über mögliche Kredite zur Stützung der ukrainischen Wirtschaft zu führen.
16.03.2020	7	Immer mehr Städte verhängen Maßnahmen, die das öffentliche Leben einschränken: Nach Lwiw und Odesa verhängen auch Iwano-Frankiwsk, Mykolajiw, Uschhorod, Saporischschja und weitere Städte Quarantänemaßnahmen.
17.03.2020	14	Die Regierung der Ukraine folgt dem Appell von Präsident Selenskyj und beschließt per Erlass umfangreiche »Quarantäne«-Maßnahmen zur Eindämmung der Coronavirus-Epidemie. Ab dem 18. März wird der Verkehr zwischen ukrainischen Städten gesperrt, die U-Bahnen in Kiew, Charkiw und Dnipro werden geschlossen, der regionale, nationale und internationale Bahnverkehr (ausgenommen Güterzüge) wird ebenfalls ausgesetzt und im restlichen innerstädtischen Personennahverkehr wie Bussen oder Straßenbahnen dürfen nicht mehr als zehn Passagiere gleichzeitig transportiert werden. Außerdem dürfen ab dem 17. März keine Veranstaltungen mit mehr als 10 Personen mehr stattfinden, eingeschlossen Gottesdienste. Bis auf Banken, Lebensmittelgeschäfte, Apotheken und Tankstellen dürfen keine Geschäfte mehr öffnen, Restaurants dürfen nur noch Essen zum Mitnehmen anbieten. Die Polizei soll die Maßnahmen, die mindestens bis zum 3. April gelten sollen, überprüfen. Für die Verletzung der Quarantänebestimmungen drohen administrative und strafrechtliche Sanktionen sowie Geldstrafen zwischen 17.000 UAH (ca. 570 EUR) und 54.000 UAH (ca. 1.800 EUR).
17.03.2020	14	Der internationale Flug-, Zug- und Busverkehr wird eingestellt. Der Grenzübertritt ist nur noch mit Bussen und Autos gestattet sowie für den Transport von Gütern.
17.03.2020	14	Auf einer Sondersitzung beschließt die Werchowna Rada, in den nächsten drei Wochen nicht mehr zu tagen, um eine weitere Ausbreitung des Coronavirus zu verhindern. Zuvor war der Abgeordnete Serhij Schachow, der wenige Tage zuvor aus Frankreich zurückkehrte, positiv auf das Coronavirus getestet worden. Damit verschiebt sich die erwartete Verabschiedung von zwei wichtigen Gesetzen – eins über den Bodenmarkt sowie eins über das Verbot der Rückgabe verstaatlichter Banken an frühere Eigner. Beide Gesetze gelten als letzte Hürde für die Gewährung eines neuen IWF-Hilfskredits von 5,5 Milliarden US-Dollar.
18.03.2020	14	Der nationale Flugverkehr wird eingestellt.
18.03.2020	14	In der Region Kiew wird der Ausnahmezustand ausgerufen, um die Verbreitung des Coronavirus aufzuhalten.
18.03.2020	14	Die Zentralbank (NBU) zieht die sich im Umlauf befindenden Hrywnja-Banknoten aus dem Verkehr und ersetzt diese durch neue Banknoten aus den Tresoren. Alte Banknoten werden 14 Tage lang unter »Quarantäne« gestellt. Die Zentralbank fordert die Banken außerdem dazu auf, Geldautomaten regelmäßig zu desinfizieren. Außerdem empfiehlt die NBU, vermehrt auf bargeldlosen Zahlungsverkehr zurückzugreifen.
19.03.2020	16	Tymofij Mylowanow, bis vor kurzem Wirtschaftsminister der Ukraine, schätzt, dass rund 500.000 Menschen in der Ukraine, etwa zwei Prozent der arbeitenden Bevölkerung in der Ukraine, infolge der Coronavirus-Pandemie ihre Arbeit verlieren könnten. Laut offiziellen Zahlen, die jedoch als ungenau gelten, beträgt die Arbeitslosenquote in der Ukraine 8,6 Prozent, was rund 1,5 Millionen Arbeitslosen entspricht.
19.03.2020	16	Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchat fordern ihre Anhänger auf, die Quarantänebestimmungen zu ignorieren, in die Kirchen zu gehen und sich gegenseitig zu umarmen.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle*	Ereignis
19.03.2020	16	Ukrainian Media House, Herausgeber von 16 Zeitungen und Zeitschriften, setzt die Arbeit für zwei Wochen aus. Die Maßnahme soll zum einen die Gesundheit der Mitarbeiter schützen, zum anderen sei das Unternehmen aktuell nicht dazu in der Lage, den rechtzeitigen Druck, die Lieferung und den Verkauf von Zeitungen zu organisieren, heißt es auf der Website.
19.03.2020	16	In Iwano-Frankiwsk stirbt das dritte Opfer in der Ukraine an Covid-19.
20.03.2020	29	Der erste Ukrainer, der positiv auf das neuartige Coronavirus getestet wurde, hat die Krankheit laut Präsident Selenskyj überstanden.
20.03.2020	29	Der Bürgermeister von Iwano-Frankiwsk, wo es 15 infizierte Personen gibt, fordert Präsident Selenskyj auf, die Quarantänemaßnahmen noch weiter zu verschärfen und notfalls den nationalen Notstand auszurufen. Währenddessen ruft die Region Dnipropetrowsk den Ausnahmezustand aus.
20.03.2020	29	Das Gesundheitsministerium gibt eine Abmachung mit dem Fahrdienstleister Uber bekannt, der zufolge Uber angesichts des eingeschränkten ÖPNV in mehreren Großstädten des Landes medizinisches Personal kostenlos transportiert.
21.03.2020	47	Das Verteidigungsministerium berichtet, dass die Polizei nun von der Militärpolizei sowie von der Nationalgarde bei der Einhaltung der Quarantäne unterstützt wird.
21.03.2020	47	Innenminister Arsen Awakow teilt mit, in den kommenden Tagen noch strengere Maßnahmen verhängen zu wollen und fordert eine »totale Quarantäne«.
21.03.2020	47	Die Region Charkiw ruft den Ausnahmezustand aus. Damit gilt dieser nun in sechs von 24 Regionen des Landes (Dnipro, Iwano-Frankiwsk, Tscherniwzi, Schytomyr, Kiew).
22.03.2020	73	Die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Kristalina Georgieva, spricht mit Präsident Wolodymyr Selenskyj über mögliche Finanzhilfen für die Ukraine im Zusammenhang mit Covid-19. Im Gespräch sind bis zu 50 Mrd. US-Dollar Notfallhilfen zur Bekämpfung (der Folgen) der Corona-Pandemie. Dieser Kredit wird unabhängig von den laufenden Verhandlungen des neuen 5.5-Milliarden-US-Dollar Kredits für Kiew ausgehandelt.
22.03.2020	73	RBK-Ukraine berichtet, dass das Parlament am 24. März den nationalen Notstand ausrufen könnte.
23.03.2020	74	In Kiew wird der öffentliche Nahverkehr komplett untersagt. Davon ausgenommen sind Personen, die im medizinischen Bereich tätig sind, bei der Polizei, Feuerwehr, im Lebensmittelsektor und in strategisch wichtigen Unternehmen. Sie erhalten spezielle Passierscheine zur Nutzung des ÖPNV und müssen Gesichtsmasken tragen. Private Autos und Taxen sind für die breite Bevölkerung weiterhin nutzbar.
23.03.2020	74	Laut dem Büro des Präsidenten sind 250.000 Covid-19-Schnelltests aus China in der Ukraine eingetroffen, die bis zum Ende des Tages in alle Regionen ausgeliefert sein sollen.
23.03.2020	74	Mit Donezk, Ternopil und Tscherkassy verhängen drei weitere Regionen den Ausnahmezustand.
23.03.2020	74	Gesundheitsminister Illja Jemenez wirbt per Videobotschaft für die Ausrufung eines landesweiten Notstands: »Ich spreche seit dem ersten Tag meiner Regierungsarbeit darüber. Das hätte von Anfang an getan werden müssen.«
23.03.2020	74	Das Präsidentenbüro schätzt, dass die ukrainische Wirtschaft im Jahr 2020 im besten Fall etwa fünf Prozent schrumpfen werde. Die Regierung schätzt, dass die Ausgaben der Ukraine zur Bekämpfung der Coronavirus-Epidemie sich auf bis zu vier Milliarden Dollar belaufen werden.

Zusammenstellung von Dr. Eduard Klein.

*Quelle: Johns Hopkins Universität, Stand: 23.03.2020.

Wie sich das Reformfenster in der Ukraine langsam schließt

Von Eduard Klein (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Mit dem Regierungswechsel scheint sich das Fenster der Möglichkeiten für den weiteren Reformprozess allmählich zu schließen. Ausgelöst durch den unfreiwilligen Rücktritt von Premierminister Hontscharuk am 3. März – konkreter Anlass soll ein Zerwürfnis zwischen ihm und Präsident Selenskyj wegen der politischen Einflussnahme durch Oligarch Ihor Kolomojskyj sein –, mussten zahlreiche ReformereInnen ihre Posten räumen. Darunter Finanzministerin Oxana Markarowa, deren umsichtiger Kurs in den letzten Jahren die Staatsfinanzen stabilisierte; Gesundheitsministerin Sorjana Skalezka, die aus Solidarität ihre letzten Tage mit aus dem chinesischen Wuhan zurückgeholten UkrainerInnen in Quarantäne verbrachte; oder Generalstaatsanwalt Ruslan Rjaboschapka, der dabei war, die korrupte Generalstaatsanwaltschaft ernsthaft zu reformieren. Sie alle mussten gehen. Besonders pikant: Für die Entlassung von Rjaboschapka und die Ernennung seiner nicht unumstrittenen Nachfolgerin Iryna Wenedyktowa waren die Stimmen der informellen »Kolomojskyj-Fraktion« in der Rada nötig, da sich der reformorientierte Flügel der »Diener des Volkes« dagegen sträubte.

Mit Artem Sytnyk, der das Nationale Antikorruptionsbüro NABU zu einer schlagfertigen Institution im Kampf gegen die politische Korruption formiert hat, und Maxim Nefjodow, der aktuell den notorisch korrupten Zoll modernisiert und zuvor erfolgreich das intransparente staatliche Beschaffungswesen reformiert hatte, werden vermutlich zwei weitere Reformer in Kürze aus dem Amt gedrängt.

Sicher: Hontscharuks Kabinett konnte die hohen Erwartungen, die nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019 geweckt wurden, nicht erfüllen. Die sinkenden Umfragewerte, die neben der gesunkenen Industrieproduktion als Ursache für den Regierungswechsel angeführt werden, kamen daher nicht ganz unerwartet. Gleichzeitig sind sechs Monate nicht genug Zeit, um ein postsowjetisch-verkrustetes Land, das sich auch noch de facto im Kriegszustand befindet, grundlegend zu reformieren. Und viele, wenngleich nicht alle,

von Hontscharuks Kabinett angestoßene Maßnahmen gingen zumindest in die richtige Richtung.

Angesichts der sich Anfang März bereits anbahnenden Coronavirus-Pandemie stellt sich die Frage, weshalb Selenskyj ausgerechnet zu diesem kritischen Zeitpunkt die Regierung austauschen wollte. Zumal er dazu bereits Anfang Januar Gelegenheit gehabt hätte, als Hontscharuk infolge eines Abhörskandals seinen Rücktritt anbot.

Indirekt Aufschluss bietet ein Blick auf die neuen Minister (bis auf eine Ausnahme wurden tatsächlich alle Ministerposten von Männern besetzt), die bisher kaum als Reformer aufgefallen waren: Ausgerechnet der besonders umstrittene Innenminister Arsen Awakow behielt als einer der Wenigen seinen Posten – entgegen Selenskyjs früherer Aussage, Awakow nur übergangsweise ins Kabinett zu holen. Mehrere neue Minister waren bereits unter Janukowytsch im Amt. Mit der Ernennung von Denys Schmyhal zum Premierminister streckt Selenskyj seine Hand in Richtung des Oligarchen Achmetow aus. Und die Ernennung eines IWF-Kritikers zum Finanzminister (Ihor Umanskyj) kann als Signal an Kolomojskyj gedeutet werden, der mit harten Bandagen um »seine« PrivatBank kämpft, die 2016 verstaatlicht wurde – und deren Rückgabe an Kolomojskyj der IWF verhindern will.

Angesichts des sinkenden gesellschaftlichen Rückhalts setzt Selenskyj vermehrt auf die Unterstützung der Oligarchen, wie auch das Treffen mit Kolomojskyj, Achmetow und weiteren Oligarchen und Wirtschaftsbossen Mitte März belegt. Das zeigt, dass es Selenskyj ab jetzt weniger um Reformen gehen wird als darum, den Status Quo zu managen – und die eigene Macht zu sichern. Ob die WählerInnen, denen er vor einem Jahr ein Ende der Korruption und der Oligarchie versprochen hatte, sich darauf einlassen werden, bleibt zu bezweifeln – sodass wohl auch das neue Kabinett nicht verhindern können wird, dass die Beliebtheit des Präsidenten weiter abnimmt. Insofern könnte der Regierungswechsel den Anfang vom Ende der Ära Selenskyj einläuten.

Über den Autor

Dr. Eduard Klein ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteur der Ukraine-Analysen.

Die Rolle der Oligarchen bleibt unverändert

Von Michajlo Minakow (Kennan Institute, Kiew / Mailand)

Am 4. März 2020 setzte die Rada die Hontscharuk-Regierung ab. Sie wählte Denys Schmyhal zum neuen Premierminister und ernannte fünfzehn neue Minister, von denen fünf bereits der vorherigen Regierung angehört hatten. Da nicht sofort alle Posten besetzt werden konnten, wurden zwei Wochen später, am 17. März 2020, noch einige weitere vakante Posten besetzt (z. B. Wirtschaftsminister und Generalstaatsanwalt). Der Regierungswechsel fand kurz vor – und unabhängig von – der einschneidenden Veränderung der globalen Wirtschaftslage statt [infolge der Coronavirus-Pandemie, Anm. d. Red.] und hatte daher vor allem interne Gründe.

Denn kurz zuvor hatte der Leiter des Präsidentenbüros Andrij Bohdan seinen Posten verloren. Er war nach dem erdrutschartigen Sieg Selenskyjs und dessen Partei 2019 der Architekt der neuen ukrainischen Machtstrukturen. Im engeren Umfeld des Präsidenten besaß Bohdan die größte Erfahrung in der Arbeit mit zentralen Regierungs- und Machtstrukturen. Er empfahl Präsident Selenskyj zahlreiche Personen, die sich dann in Hontscharuks Kabinett wiederfanden, aber auch in den Strafverfolgungsbehörden und an der Spitze der meisten Regionen.

Die daraus entstandenen Konstellationen von Beamten und Politikern waren jedoch oft nicht ideal, und die Konflikte innerhalb des Teams von Selenskyj wuchsen ständig. Andrij Bohdan gelang es nicht, Mechanismen zur Konfliktlösung und -prävention zu etablieren. Am 11. Februar 2020 wurde er entlassen. Das löste eine Kettenreaktion innerhalb der Machtstrukturen aus, und auch zahlreiche von Bohdans Verbündeten verloren ihre Posten. Der neue Leiter des Präsidentenbüros, Andrij Jermak, will nun Vertraute fördern, die sich für eine erfolgreiche Umsetzung des Reformprogramms von Präsident Selenskyj aussprechen.

Das kurzlebige Kabinett von Hontscharuk erwies sich als nicht sonderlich effektiv bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und Umsetzung der Reformen. Die sozioökonomischen Wahlkampfversprechen von Selenskyj ließ es links liegen. Auch wurden Hontscharuk und sein Team zum Gegenstand zahlreicher Medien-skandale. Der Premier und seine Minister wurden immer toxischer für die Zustimmungswerte zur Regierung.

Viele ukrainische und internationale Experten sehen den Wechsel des Kabinetts und des Generalstaatsanwalts als ein Zeichen für die wachsende Rolle der Oligarchen. Dafür sehe ich allerdings keine Anzeichen, zumindest noch nicht.

Die Tatsache, dass der neue Premierminister Schmyhal von 2017–19 in der Westukraine für DTEK (das

Unternehmen des Oligarchen Rinat Achmetow) arbeitete, ruft Skepsis hervor. Schmyhals Position war jedoch eher bescheiden und seine Arbeit war vor allem mit den lokalen Gemeinden und Behörden verbunden. Seine lange Karriere in der Wirtschaft, Politik und Verwaltung der Region Galizien zeigt eher, dass Schmyhal zur regionalen Elite der Westukraine gehört. Das macht ihn zum ersten galizischen Premierminister in der Geschichte der unabhängigen Ukraine.

Der neue Wirtschaftsminister Ihor Petraschko verfügt über gute Verbindungen zum ukrainischen Magnaten Oleh Bachmatjuk, für dessen Agrarkonzern er früher arbeitete; jedoch waren diese nicht ausschlaggebend für seine Ernennung. Petraschko ist, wie Schmyhal, Absolvent der Polytechnischen Universität Lwiw und genießt das persönliche Vertrauen des neuen Premiers. Außerdem gilt Petraschko aufgrund seiner beruflichen Erfahrung bei Enron und Ernst & Young als Wirtschaftsfachmann.

Durch den Regierungswechsel hat Präsident Selenskyj seine Politik der »neuen Gesichter« (die Ernennung junger Personen ohne politische und administrative Erfahrung in Schlüsselpositionen der nationalen Regierung) durch eine Politik der »neuen Gesichter mit Verstand und Herz« (bei der es nicht auf das Alter ankommt, sondern auf Erfahrung) ersetzt. Diese kompromissbasierte Politik hat einige neue Minister hervorgebracht, die bereits Regierungserfahrung vor der Maidan-Ära sammelten (etwas, das sie z. B. mit Ex-Präsident Petro Poroschenko gemeinsam haben).

Präsident Selenskyj ist sich der Gefahr, die die Oligarchen für die Ukraine darstellen, sicherlich bewusst. Dafür spricht auch die Ernennung von Iryna Wenediktowa zur neuen (und ersten weiblichen) Generalstaatsanwältin. Wenediktowa hat in ihrer früheren Position als Leiterin des Staatlichen Ermittlungsbüros bereits bewiesen, dass sie auch Oligarchen und ihnen nahestehende Politiker wie z. B. Innenminister Awakow in die Schranken weisen kann.

Aus Perspektive der oligarchischen Clans bleibt das neue Kabinett eine vom Präsidenten kontrollierte Exekutive. Die neuen Regierungsmitglieder wissen jedoch besser mit dem *Big Business* umzugehen als ihre Vorgänger und könnten auch offener sein für Zugeständnisse an die Oligarchen. Die nahe Zukunft wird zeigen, ob sich diese Befürchtungen bewahrheiten.

Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Eduard Klein

Informationen über den Autor finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Prof. Dr. Michajlo Minakow ist Senior Advisor am Kennan Institute in Washington D.C. und Chefredakteur von *Kennan Focus Ukraine*. Er war unter anderem DAAD-Gastprofessor an der Europa-Universität Viadrina und Visiting Professor an der Universität Basel. Er forscht zu Ideologien, Nationenbildung und Modernisierung im postsowjetischen Raum.

Wilde Zeiten

Von Sarah Whitmore (Oxford Brookes University, Oxford)

Um die selbst für ukrainische Verhältnisse unerwartet kurze Amtszeit der Regierung Hontscharuk und die Erwartungen an die neue Regierung zu verstehen, ist aufgrund des stark von einzelnen Personen geprägten Charakters der postsowjetischen Politik ein Blick auf die Elitenetzwerke am ehesten geeignet, Einblicke sowohl in die jüngsten Entwicklungen als auch in das breitere politische System zu geben. Der Regierungswechsel wurde weithin als Sieg der ukrainischen Oligarchen und der meistgehassten Akteure des Janukowyttsch-Regimes – Ihor Kolomojtsch, Rinat Achmetow, Wiktor Medwedtschuk und Andrij Portnow – interpretiert und als mögliche Abkehr vom Westen. Mit diesen Personen in Verbindung stehende Parlamentsabgeordnete unterstützten die Entlassung des hoch angesehenen Generalstaatsanwalts Ruslan Rjaboschapka, was bei einigen Beobachtern zu Spekulationen über eine neue informelle und unheilige (und potenziell antiukrainische) Koalition führte. Sollten sie Recht behalten, dann stellt die Absetzung der Regierung einen erfolgreichen Gegenschlag der Oligarchen dar, die die Auflagen des IWF (insbesondere in Bezug auf staatliche Unternehmen einschließlich der PrivatBank) und die ihre Interessen beeinträchtigenden Regierungsreformen satt haben.

Hontscharuks Regierung war seit 1991 theoretisch die Regierung mit den besten Voraussetzungen, ihr Programm umzusetzen, da sie von einem Präsidenten mit einem beispiellosen Wahlmandat und einer parlamentarischen Ein-Parteien-Mehrheit unterstützt wurde. Warum wurden also nur 23 Prozent der vom Ministerkabinett initiierten Gesetze verabschiedet und wurde die Regierung nach gerade einmal sechs Monaten wieder abgesetzt?

Es gibt institutionelle Faktoren wie die Tatsache, dass die viel gepriesene Ein-Parteien-Mehrheit keine solche war – die Partei des Präsidenten war eher ein eilig zusammengezimmertes politisches Projekt, das vom Leiter des Präsidentenbüros abhängig war und eine Reihe von Kolomojtsch nahestehenden Abgeordneten umfasste. Es gibt aber auch »nicht-oligarchische« Fak-

toren, vor allem das Interesse des Präsidenten an seiner persönlichen Popularität, die gegen Ende des vergangenen Jahres zu schwinden begann. Auch der Vertrauensverlust des Premierministers nach der (von Kolomojtsch initiierten?) durchgesickerten Tonbandaufzeichnung im Januar, in der Hontscharuk auf Selenskyjs Unwissenheit in Sachen Wirtschaft verwies, ist ein möglicher Grund.

Könnte das bedeuten, dass die Schlüsselfrage, die seit Beginn von Selenskyjs politischer Karriere, immer wieder gestellt wurde, nun endgültig geklärt ist: Inwiefern ist er von Ihor Kolomojtsch (und in jüngster Zeit auch von anderen oligarchischen Einflüssen) abhängig? Der neue Premierminister, Denys Schmyhal, wird zum Beispiel mit Achmetow in Verbindung gebracht und gilt als präferierter Kandidat Kolomojtschs. Zivilgesellschaftliche Akteure sehen die neue Regierung als eine Koalition von Kolomojtsch, seinem Verbündeten Arsen Awakow und der ehemaligen Partei der Regionen von Janukowyttsch. Lediglich der neue Außenminister, Dmytro Kuleba, gilt als Reformierender.

Aber Politik ist ein komplexes, mehrstufiges Zusammenspiel zahlreicher Akteure, was es selbst unter stabilen politischen Bedingungen schwierig macht, genaue Vorhersagen zu treffen, sodass es noch verfrüht ist, die Lage in Kiew zu beurteilen. Schließlich war Andrij Bohdan, bis vor kurzem noch Leiter des Präsidialamtes, die umstrittenste Ernennung von Selenskyj. Er war Kolomojtschs Anwalt, fiel unter das Lustrationsgesetz, war der Erfinder des parlamentarischen »Turbo-Regimes« (das Gesetze im Eiltempo ohne ordentliches Verfahren verabschiedete) und Medien gegenüber oft feindlich. Dennoch erwies er sich als unabhängiger als erwartet und war der Patron der Hontscharuk-Reformer, die unter anderem die PrivatBank fest im Griff hatten und das Investitionsklima in der Ukraine schrittweise verbesserten. Seine Amtszeit war also gemischt und nicht so wie vorhergesagt. Vielleicht lässt sich zumindest daraus ein wenig Hoffnung schöpfen?

Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Eduard Klein

Informationen über die Autorin finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Dr. Sarah Whitmore ist Dozentin für Politik an der Oxford Brookes University in England und forscht zur ukrainischen Politik. Sie ist Autorin von *State-Building in Ukraine: The Ukrainian parliament, 1990–2003* (Routledge, 2004).

DOKUMENTATION

Das Ministerkabinett von Denys Schmyhal

Nach nur rund sechs Monaten im Amt reichte Ministerpräsident Olexij Hontscharuk am 4. März 2020 seinen Rücktritt ein, woraufhin die gesamte Regierung zurücktreten musste. Am selben Tag wurde Denys Schmyhal, den Präsident Selenskyj Anfang Februar zum Vizeministerpräsidenten ernannt hatte, zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Es konnten nicht sofort alle Ministerposten neubesetzt werden, so dass zunächst nur 15 Minister ernannt und einige vakante Posten kommissarisch besetzt wurden. Vier Minister blieben auf ihrem Posten, zwei weitere verblieben zwar, verantworten nun aber andere Ressorts. Mit lediglich zwei Ministerinnen ist der Anteil von Frauen in der neuen Regierung deutlich niedriger als zuvor (6).

Im Rahmen der Regierungsumbildung wurde auch der in der Ukraine wichtige Generalstaatsanwalt ausgetauscht: Ruslan Rjaboschapka wurde, trotz großer Proteste aus dem In- und Ausland, ersetzt von Iryna Wenediktowa.

Die folgende Tabelle bietet eine von der Redaktion der Ukraine-Analysen zusammengestellte Übersicht über das neue Ministerkabinett von Denys Schmyhal.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Das neue Ministerkabinett

Ressort	Name (*Geburtsjahr; Geburtsort)	Frühere Positionen
Ministerpräsident	Denys Schmyhal (*1975; Lwiw)	Nach seiner Promotion 2003 in Ökonomie an der Polytechnischen Universität Lwiw wechselte Schmyhal in die Privatwirtschaft. 2009 ging er in den öffentlichen Dienst, bevor er 2018 für rund 1,5 Jahre die Leitung eines Kraftwerks des DTEK-Konzerns übernahm. 2019 leitete er die Region Iwano-Frankiwsk, bevor Selenskyj ihn Anfang 2020 zum stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für kommunale und territoriale Entwicklung beförderte.
Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für digitale Transformation <i>(im Amt geblieben)</i>	Mychajlo Fedorow (*1991; Wassyliwka, Region Saporischschja)	Leitete eine Agentur für digitales Marketing, bevor er Selenskyjs erfolgreichen digitalen Wahlkampf verantwortete. Anschließend stellvertretender Stabschef im Büro des Präsidenten.
Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für europäische Integration <i>(im Kabinett geblieben)</i>	Wadym Prystajko (*1970; Kilija, Region Odesa)	Der Karrierediplomat ist seit 1994 im diplomatischen Dienst und war u. a. Botschafter der Ukraine in Kanada (2012–2014) und Vertreter der Ukraine bei der NATO. Unter Selenskyj war er zuvor Vize-Chef des Büros des Präsidenten. Blieb im Kabinett, wechselte aber vom Außenminister zum Minister für europäische Integration.

Fortsetzung auf der nächsten Seite.

Das neue Ministerkabinett (Fortsetzung)

Ressort	Name (*Geburtsjahr; Geburtsort)	Frühere Positionen
Innenminister <i>(im Amt geblieben)</i>	Arsen Awakow (*1964; Baku, Aserbaidschan)	Seit Februar 2014 Innenminister und damit dienstältester Minister. Zugleich ist er im neuen Kabinett besonders umstritten, u. a. wegen des Verdachts der Korruption und verschleppter Reformen. Von 2005–2010 Gouverneur der Region Charkiw.
Außenminister <i>(im Kabinett geblieben)</i>	Dmytro Kuleba (*1981; Sumy)	Der Jurist ist seit 2003 im diplomatischen Dienst der Ukraine: Von 2005–2009 bei der Ständigen Mission der Ukraine bei der OSZE; seit 2016 bei der Ständigen Vertretung der Ukraine im Europarat. Davor war er Sonderbeauftragter des ukrainischen Außenministeriums. Blieb im Kabinett, wechselte vom Minister für europäische Integration zum Außenminister.
Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für die Wiedereingliederung besetzter Gebiete <i>(im Amt geblieben)</i>	Olexij Resnikow (*1966, Lwiw)	Der studierte Jurist war in den 2000ern als Anwalt tätig, bevor er sich ab 2008 verstärkt in der Kiewer Lokalpolitik engagierte. Seit September 2019 Vertreter der Ukraine bei der Trilateralen Kontaktgruppe in Minsk.
Minister für wirtschaftliche Entwicklung, Handel und Landwirtschaft	Ihor Petraschko (*1976; Lwiw)	Ihor Petraschko hat nach seinem Studium an der Staatlichen Polytechnischen Universität Lwiw und der Vanderbilt Universität in den USA zunächst im Finanzsektor (u. a. Ernst & Young, Troika Dialog, Sberbank) gearbeitet. 2013 wechselte er zum Agrarkonzern Ukrlandfarming des Oligarchen Oleh Bachmatjuk, wo er stellvertretender Konzernchef war.
Justizminister <i>(im Amt geblieben)</i>	Denys Maljuska (*1981; Dunajiwzi, Region Chmelnyzkyj)	Der Wirtschaftsanwalt war Berater der Weltbank und Vorstandsvorsitzender des Better Regulation Delivery Office, das Ex-Ministerpräsident Hontscharuk leitete.
Finanzminister	Ihor Umanskyj (*1975; Prypjat, Region Kiew)	Der Wirtschaftsexperte Umanskyj studierte Ökonomie an der Nationalen Wirtschaftsuniversität in Kiew und schloss 2012 seine Promotion ab. Von 2008–2010 sowie von 2014–2015 war er Stellvertretender Finanzminister und von 2016–2019 Berater von Präsident Poroschenko in Wirtschaftsfragen.
Minister für Energie und Umwelt <i>(kommissarisch)</i>	Wytalyj Schubyn (*1982; Kiew)	Der Jurist arbeitete von 2004–2011 in verschiedenen Positionen für den staatlichen Energiekonzern Energorynok und wechselte 2012 zum DTEK-Konzern, wo er bis 2014 blieb. Anschließend war er bis zu seiner Ernennung zum Minister in verschiedenen Unternehmen im Bereich der Windkraftzeugung leitend tätig.
Minister für Infrastruktur <i>(im Amt geblieben)</i>	Wladyslaw Kryklij (*1986; Kiew)	Arbeitete unter Arsen Awakow im Innenministerium und war dessen Berater; war 2015 stellvertretender Leiter der Verkehrspolizei. Journalisten werfen ihm vor, Endbegünstigter einer fiktiven Firma gewesen zu sein, über die Geldwäsche betrieben wurde.

Fortsetzung auf der nächsten Seite.

Das neue Ministerkabinett (Fortsetzung)

Ressort	Name (*Geburtsjahr; Geburtsort)	Frühere Positionen
Minister für regionale Entwicklung	Olexij Tschernyschow (*1977; Charkiw)	Studierte Wirtschaft und Jura in seiner Heimatstadt Charkiw, wo er danach auch als Immobilieninvestor und Unternehmer im IT-Sektor aktiv war. 2019 übernahm er die Leitung der Region Kiew.
Minister für Bildung und Wissenschaft <i>(kommissarisch)</i>	Juryj Poljuchowytsch (*1980; Kostopil, Region Riwne)	Studium der Geschichte an der Kiewer Mohyla-Akademie, 2012 Promotion an der Nationalen Taras-Schewtschenko Universität in Kiew. Anschließend Postdoctoral Fellow in den USA, wo er zur Geschichte der Maya forschte. Ab 2019 Stellvertretender Bildungsminister.
Gesundheitsminister	Illja Jemez (*1956; Workuta, Russland)	Der bekannte Herzchirurg war bereits 2010–2011 kurzzeitig unter Präsident Janukowytsch Gesundheitsminister.
Ministerin für Kultur <i>(kommissarisch)</i>	Switlana Fomenko (*1976; Kiew)	Arbeitete nach dem Studium der Literatur- und Sprachwissenschaften an der Staatlichen Taras-Schewtschenko-Universität in verschiedenen Positionen der Kiewer Stadtverwaltung im Bildungs- und Kulturbereich. 2016 wurde sie zur Stellvertretenden Kulturministerin ernannt.
Minister für Jugend und Sport	Wadym Hutzajt (*1971, Kiew)	Der ehemalige Säbelfechter gewann 1992 Gold bei den Olympischen Spielen in Barcelona. Nach seiner aktiven Laufbahn übte er verschiedene Funktionärstätigkeiten aus, u. a. als Mitglied des Exekutivkomitees des Nationalen Olympischen Komitees der Ukraine.
Ministerin für Sozialpolitik	Maryna Lasebna (*1975; Peskowka, Region Kiew)	Nach dem Wirtschaftsstudium an der Staatlichen Taras-Schewtschenko-Universität in Kiew arbeitete Lasebna zunächst als Expertin für Sozialpolitik im Wirtschaftsministerium, bevor sie in ähnlicher Funktion für das Ministerkabinett tätig war. 2013 ernannte Präsident Janukowytsch sie zur Leiterin der Staatlichen Arbeitsagentur.
Verteidigungsminister	Andrij Taran (*1955; Frankfurt/Oder)	Geboren in Frankfurt/Oder, wo beide Eltern als Armeeangehörige stationiert waren. Karriere in der Armee, u. a. als Militärattaché an der Ukrainischen Botschaft in den USA (1999–2004), Vertreter des Verteidigungsministeriums in der ukrainischen UN-Mission (2011–2014), Vertreter der Ukraine in der Gemeinsamen Kontroll- und Koordinierungsstelle im Donbas (2015). 2016 aus Altersgründen im Rang eines Generalleutnants aus der ukrainischen Armee verabschiedet.
Minister für Veteranenangelegenheiten	Serhij Bessarab (*1955, Stari Kodaky, Region Dnipropetrowsk)	Ausbildung und Karriere im Militär, seit 2015 Befehlshaber der Anti-Terror-Operation im Donbas, zugleich stellvertretender Generalstabschef der Streitkräfte der Ukraine.
Minister des Ministerkabinetts	Oleh Nemtschinow (*1977; Lwiw)	Nach dem Studium der Geografie saß Nemtschinow von 1999–2002 für die rechtskonservative »Ukrainische Volkspartei« im Stadtrat von Lwiw. Anschließend arbeitete er in unterschiedlichen Positionen in Bildungseinrichtungen, Verbänden und Behörden in Lwiw. Von 2017–2019 Staatssekretär im Ministerium für Jugend und Sport.

Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCR) zu willkürlichen Verhaftungen, Folter und Misshandlungen von Gefangenen in den selbsternannten »Volksrepubliken« im Donbas (in Ausschnitten)

OHCHR interviewed 56 detainees released by the self-proclaimed 'republics' (45 men, including one military, and 11 women). The most common 'charges' against them were 'espionage', 'incitement of hatred', 'storage of explosives', 'terrorist act', 'assistance to terrorist activity', and 'public calls for extremist activities' in 'Donetsk people's republic', and 'creation of a criminal organisation', 'illegal acquisition and storage of weapons and ammunition', 'state treason', and 'illegal acquisition of information comprising state secrets' in 'Luhansk people's republic'.

Though individual testimonies varied, OHCHR identified and further confirmed a consistent pattern of arbitrary detention, often amounting to enforced disappearance, torture and ill-treatment of conflict-related detainees in both self-proclaimed 'republics'. OHCHR found that torture and ill-treatment of detainees was systematic during the initial stage of detention (which could last up to a year), with the risk for detainees to be subjected to torture and ill-treatment considerably decreasing after the 'confession' and especially after completion of 'pre-trial investigations'.

Individuals interviewed by OHCHR had usually been apprehended by armed men wearing no insignia and in bal-clavas who did not identify themselves. In most cases, they were not told why they were being detained. Upon apprehension or while being transported to their first place of detention, many detainees were blindfolded and/or handcuffed. Some were beaten or threatened with violence. The first place of detention was usually either the premises of the 'ministry of state security' (in Donetsk or Luhansk) or 'Izoliatsiia' detention facility (in Donetsk).

The majority of interviewed individuals were initially detained under 'administrative arrest' (in 'Donetsk people's republic') or 'preventive arrest' (in 'Luhansk people's republic'), and held incommunicado without access to a lawyer. Some detainees were not informed about the reasons of their detention or 'charges' against them for a prolonged period. Relatives of those detained who enquired about their whereabouts were not provided with any information beyond confirmation, in a few instances, that the person was indeed detained.

In most cases, 'investigative actions' commenced immediately after the apprehension, with a few exceptions when detainees spent days or weeks in custody before any action was taken. 'Investigative actions' comprised mostly of interrogations either at the 'ministry of state security' or in the 'Izoliatsiia' detention facility (in Donetsk) or at the 'ministry of state security' (in Luhansk) by individuals who presented themselves as 'officers' of the 'ministry of state security' or did not identify themselves at all. Several detainees believed Russian "FSB officers" took part in interrogations, and some perceived them to be in a position of authority.

In most documented cases, the interrogators began by threatening detainees with violence or rape and made threats against their families if they refused to confess or otherwise cooperate with the 'investigation'. Such threats were often accompanied by blows to the body or slaps to the face.

Fifty-two out of the 56 individuals interviewed by OHCHR reported having been subjected to torture or ill-treatment, sometimes including sexual violence, mostly during the interrogations, in order to extract confessions or information, in most cases, about working for the SBU. The frequency, intensity and length of the torture and ill-treatment varied considerably, however they usually continued until a detainee agreed to confess (orally, in writing or on video) or to provide information. Methods of torture and ill-treatment included beatings, electric shocks, asphyxiation (wet and dry), sexual violence, positional torture, removal of body parts (nails and teeth), deprivation of water, food, sleep or access to a toilet, mock executions, threats of violence or death and threats of harm to family. Testimony of the released detainees indicate that torture and ill-treatment was also carried out for punitive purposes and to humiliate and intimidate, including by personnel of some detention facilities. OHCHR identified a continuum of torture and ill-treatment that was often exacerbated by inhumane detention conditions, in particular in the 'Izoliatsiia' detention facility.

Quelle: OHCHR Report on the human rights situation in Ukraine from 16 November 2019 to 15 February 2020, 12.03.2020, https://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/29thReportUkraine_EN.pdf

1. – 20. März 2020

03.03.2020	In der Ukraine gibt es den ersten bestätigten Coronavirus-Fall. Alle weiteren Meldungen zur Ausbreitung und den Folgen des Coronavirus in der Ukraine gibt es in der speziellen Chronik zum Coronavirus in dieser Ausgabe.
04.03.2020	Auf einer von Präsident Selenskyj einberufenen Sondersitzung des Parlaments reicht Premierminister Olexij Hontscharuk seinen Rücktritt ein und macht damit den Weg frei für eine Umbildung des Kabinetts. Neuer Premierminister wird Denys Schmyhal. Sechs Minister verbleiben im Kabinett, die restlichen elf werden ausgetauscht.
04.03.2020	Abgeordnete des Europäischen Parlaments warnen in einem Brief an Präsident Wolodymyr Selenskyj, den Leiter des Nationalen Antikorruptionsbüros, Artem Sytnyk, zu entlassen. Dies wäre ein Dämpfer für die Korruptionsbekämpfung in der Ukraine, so die Abgeordneten.
05.03.2020	Der Leiter der Generalstaatsanwalt, Ruslan Rjaboschapka, wird entlassen. Als Grund gibt Präsident Selenskyj fehlende Fortschritte im Bereich der Korruptionsbekämpfung an. Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren die Entscheidung, da Rjaboschapka die Reform der als korrupt geltenden Behörde entschieden vorangetrieben habe.
06.03.2020	Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Landwirtschaft gibt bekannt, dass das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine im Januar um 0,5 Prozent gesunken sei. Dies sei der erste Rückgang nach 49 Monaten ununterbrochenen Wachstums.
10.03.2020	Am Bezirksgericht Den Haag beginnt der sog. MH-17-Prozess. Vier Verdächtige aus Russland und der Ukraine werden angeklagt, für den Abschuss des 2014 über der Ostukraine abgestürzten Passagierflugzeugs Malaysia Airlines Flug 17 verantwortlich zu sein, bei dem 298 Menschen ums Leben kamen. Der Prozess findet in Abwesenheit der vier Angeklagten statt.
12.03.2020	Das Verfassungsgericht erklärt einen großen Teil der Justizreform von Präsident Wolodymyr Selenskyj als verfassungswidrig. Selenskyj initiierte die Justizreform im Vorjahr mit dem Ziel, die korruptionsanfälligen Gerichte zu reformieren; mit der Entscheidung der Verfassungsrichter wird dieser Prozess nun blockiert.
12.03.2020	Die Nationalbank der Ukraine senkt den Leitzins von 11 auf 10 Prozent.
13.03.2020	Der Leiter des Präsidentenbüros, Andrij Jermak, teilt mit, dass die Ukraine erstmals seit Beginn des Konflikts in der Ostukraine vor sechs Jahren direkte Verhandlungen mit den Anführern der »Volksrepubliken« in Donezk und Luhansk führen werde. Konkret soll es ein neues Beratungsgremium geben, das paritätisch aus Vertretern der Ukraine und der »Volksrepubliken« zusammengesetzt ist. Das Gremium soll die Umsetzung des Minsker Friedensfahrplans voranbringen, so Jermak. Teile der Opposition und der Gesellschaft kritisieren die Initiative als »Verrat« und kündigen Protestaktionen an.
16.03.2020	Bulgarien liefert Olexij Lewin, einen Hauptverdächtigen im Mordfall der Aktivistin Kateryna Handsjuk, an die Ukraine aus. Lewin soll sich ein Jahr lang in Bulgarien vor den ukrainischen Strafverfolgungsbehörden versteckt haben. Die Antikorruptionsaktivistin Kateryna Handsjuk fiel 2018 einem Säureattentat in ihrer Heimatstadt Cherson zum Opfer.
17.03.2020	Iryna Wenediktowa wird zur neuen Generalstaatsanwältin ernannt.
18.03.2020	Premierminister Denys Schmyhal teilt mit, dass er aktuell fast täglich Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) führe, um den Kredit über 5,5 Milliarden US-Dollar, der in den vergangenen Monaten ausgehandelt wurde, im Rahmen der Coronavirus-Epidemie aufzustocken. Im Gespräch sind laut Nationalbank der Ukraine bis zu 50 Milliarden US-Dollar, um die ukrainische Wirtschaft zu stützen. Schmyhal rechnet mit einer baldigen Einigung. Der IWF erwartet im Gegenzug von der Ukraine, dass zwei wichtige Gesetze zum Landmarkt und der Re-Privatisierung der Banken verabschiedet werden.
20.03.2020	Laut der Nationalbank der Ukraine könnte das Land im laufenden Jahr durch die weltweit stark gesunkenen Energiepreise rund sechs Milliarden US-Dollar bei den Energieimporten einsparen. Energieimporte machen etwa 20 Prozent der ukrainischen Gesamtimporte aus.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Dr. Eduard Klein
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>